

## Rezensionen

Moran, D. & Russell, J. (Hrsg.). (2008). *Energy Security and Global Politics: The Militarization of Resource Management*. London: Routledge, 272 S., ISBN: 978-0415776387, ca. 100,-€.

Perovic, J., Orttung, R. & Wenger, A. (Hrsg.). (2009). *Russian Energy Power and Foreign Relations: Implications for Conflict and Cooperation*. London: Routledge, 272 S., ISBN: 978-0415484381, ca. 110,-€.

Youngs, R. (2009). *Energy Security: Europe's New Foreign Policy Challenge*. London: Routledge, 256 S., ISBN: 978-0415478045, ca. 80,-€.

Arne Schröer  
*Universität Passau*

Die Sorge um eine verlässliche Energieversorgung zu vertretbaren Preisen ist angesichts der Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise in der tagesaktuellen Diskussion schon wieder in den Hintergrund getreten, gleichwohl bleibt das Thema aufgrund der langfristigen Entwicklungen auf den internationalen Energiemärkten von höchster Relevanz. Zur Forschung über die Zusammenhänge von Außen-, Sicherheits- und Energiepolitik liegen drei Neuerscheinungen vor, die im Routledge-Verlag erschienen sind.

Der Tagungsband *Energy Security and Global Politics: The Militarization of Resource Management* von Daniel Moran und James A. Russell entstand im Rahmen einer Konferenz der Naval Postgraduate School in Monterey, Kalifornien, und beschäftigt sich mit der Frage, unter welchen Umständen energiepolitische Konflikte gewaltsam eskalieren könnten und welche langfristigen Konsequenzen daraus für die internationale Politik im Allgemeinen und die amerikanische Sicherheitspolitik im Besonderen gezogen werden sollten. Im Mittelpunkt der einzelnen Beiträge steht die Diskussion des Zusammenspiels von ökonomischen Interessen, sicherheitspolitischen Erwägungen und geostrategischen Kalkülen. Die Abschätzung der Wahrscheinlichkeit einer militärischen Eskalation energiepolitischer Auseinandersetzung ist dezidiert nicht das Ziel der Herausgeber; quantitative Analysen fehlen dementsprechend auch in den einzelnen Beiträgen.

Auf die sehr instruktive Einführung aus der Feder der beiden Herausgeber folgen Beiträge von Moran und Klare zum historischen Kontext der energiepolitischen Gegenwart. Trotz sich dramatisch wandelnder Rahmenbedingungen sei die internationale Energiepolitik immer noch von Entscheidungen geprägt, die bis in die Zeit des Ersten Weltkriegs

zurückreichen. Angesichts des dramatischen Rückgangs unerschlossener Ressourcen im vergangenen Jahrzehnt hätten zahlreiche Staaten eine stärkere Militarisierung ihrer Energiepolitik vollzogen. Dass eine Analyse rein materieller Faktoren als Erklärung für diese Entwicklung jedoch nicht ausreicht, zeigt der Beitrag von Haynes zu den Zusammenhängen zwischen islamistischem Terrorismus und amerikanischer Ressourcensicherung am Persischen Golf. Mittels reiner Kosten-Nutzen-Kalküle könne weder das geringe Interesse von Al-Qaida an Anschlägen auf die Energieinfrastruktur erklärt werden, noch die starke und dauerhafte militärische Präsenz der USA in der Region. Inwieweit die Situation am Persischen Golf durch den Aufbau einer neuen Sicherheitsarchitektur stabilisiert werden könnte, diskutieren Duane Chapman und Saad Rahim. Chapman untersucht, wie in der Vergangenheit Preisstabilität gesichert wurde und entwirft Vorschläge für ein internationales Regime zur Regelung des Energiehandels, das auch eine verteidigungspolitische Komponente beinhalten soll. Rahim fordert eine stärkere Beteiligung anderer Staaten an den Sicherungsaufgaben in der Region und warnt vor fehlerhaften Kalkülen der amerikanischen Politik.

Die folgenden Länderstudien zu Russland, den zentralasiatischen Staaten (Turkmenistan, Kasachstan, Usbekistan), Venezuela und China bieten einen ausgewogenen Überblick über die Energiesicherheitspolitiken der einzelnen Länder, bleiben jedoch bei ihrer Analyse der Militarisierung von Energiepolitik vergleichsweise vage. Einig sind sich die Autoren darin, dass sie die Chancen für eine militärische Auseinandersetzung um den Zugang zu Energie auf internationaler Ebene für relativ gering erachten und Bedrohungen eher durch die mangelhafte interne Stabilität wichtiger Produzentenländer vermuten. Dieser Befund ist aber nun alles andere als erstaunlich, gilt er doch für die Entwicklung des Kriegsgeschehens generell. Bedauerlich ist, dass die militärische Unterstützung von Regimen, wie im Sudan oder Iran, durch die Großmächte bei ihrem Wettbewerb um Energieressourcen allenfalls am Rande gestreift wird. Trotz dieser kleinen Schwächen haben Moran und Russell einen insgesamt lesenswerten Band vorgelegt, bei dem insbesondere die klare und einhellige Zurückweisung unilateraler Strategien der USA durch die Autoren überrascht.

Einen aufschlussreichen Beitrag zur Diskussion über Russlands Rolle in der internationalen Energiepolitik leistet die Herausgeberschaft in *Russian Energy Power and Foreign Relations: Implications for Conflict and Cooperation* von Jeronim Perovic, Robert W. Ortung und Andreas Wenger. Zurückgehend auf eine Tagung an der ETH Zürich, präsentieren die Autoren eine imponierende Dichte an Fakten und Argumenten und bieten damit einen hervorragenden Überblick über die Bedingungen, Möglichkeiten und Grenzen der russischen Energiepolitik.

Nach einer knappen Einführung durch Perovic, die Russlands energetisches Potenzial umreißt und seine zentralen inneren und äußeren Herausforderungen im Energiesektor skizziert, nimmt der erste Teil des Buches die innere Dimension der russischen Energiepolitik in den Blick. Die Beiträge von Philip Hanson, Robert Ortung und Heiko Pleines argumentieren dabei einvernehmlich, dass Russlands energiepolitischer Spielraum weitaus geringer sei, als häufig angenommen wird. Angesichts des schwachen Wirtschaftswachstums außerhalb des Energiesektors, der unzureichenden Investitionen in neue Förderkapazitäten und der weitverbreiteten Korruption müsse die Sorge nicht einer aggressiven russischen Energieaußenpolitik gelten, sondern Russlands Problem, seinen langfristigen Lieferverpflichtungen nur unzureichend nachkommen zu können.

Eine Besserung sei nicht absehbar, da der russische Energiereichtum vom Kreml nicht zu einer nachhaltigen Entwicklung der russischen Wirtschaft genutzt werde, sondern als Patronage um innenpolitische Gefolgschaft zu erkaufen. Gemeinsam argumentieren die Autoren stichhaltig, dass die umfassenden Renationalisierungsmaßnahmen nicht dazu geführt hätten, dass Russland zur „Energiesupermacht“ aufgestiegen sei, sondern das genaue Gegenteil bewirkt hätten: Die Leistungsfähigkeit der russischen Energiewirtschaft sei gesunken.

Der zweite Abschnitt des Buchs untersucht Russlands Rolle auf den internationalen Energiemärkten und nimmt dabei neben den wichtigen Exportmärkten in Europa und Asien auch die für Russland strategisch bedeutsamen Beziehungen zu den kaspischen Staaten in den Blick. Stacy Closson weist darauf hin, dass es Russland aufgrund vielfältiger Versäumnisse der europäischen Energiepolitik(en) gelungen sei, sich aus einer zunächst benachteiligten Position heraus wirtschaftliche und politische Vorteile gegenüber den EU-Staaten zu erarbeiten. Angesichts der starken Interdependenz der russisch-europäischen Energiebeziehungen blieben die Möglichkeiten zur außenpolitischen Instrumentalisierung der Energiebeziehungen jedoch begrenzt. Letztere wäre nur möglich, sofern Russland alternative Absatzmärkte erschließen würde. Julia Nanay und Nina Poussenkova zeigen in ihren Beiträgen jedoch, dass Russland diesen Ansatz nur halbherzig verfolgt. Stattdessen setze die russische Politik fast ausschließlich darauf, potenzielle Konkurrenten vom europäischen Markt fernzuhalten. Damit beschleunige Russland eine Annäherung zwischen China und den kaspischen Staaten; inwieweit dies zu langfristigen Verschiebungen in der regionalen Machtkonstellation führen könnte, wird interessant zu beobachten sein.

Der dritte Teil behandelt die Energiebeziehungen Russlands in umgekehrter Perspektive und analysiert die Energiepolitik(en) der Europäischen Union (insbesondere Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens), der USA und Chinas gegenüber Moskau. Die Artikel von Pami Aalto, Peter Rutland und Indra Øverland/Kyrre Brækhus lassen dabei sowohl gewichtige Unterschiede, aber auch überraschende Gemeinsamkeiten zwischen den verschiedenen nationalen Politiken erkennen. Bei der Erklärung der Gegensätze verweisen die Autoren vor allem auf die unterschiedliche Evolution der Energiehandelsbeziehungen, geopolitische Überlegungen und fehlerhafte Strategien einzelner Regierungen im Umgang mit Moskau. Bemerkenswert ist, dass die westlichen Staaten und China aber auch über identische Probleme bei der Gestaltung ihrer energiepolitischen Beziehungen mit Russland verfügen: Die geringe Transparenz des russischen Entscheidungsprozesses, die mangelnde Rechtssicherheit für ausländische Investoren und die regelmäßigen – wenngleich auch wenig erfolgreichen – Versuche Russlands, seine ausländischen Handelspartner zu spalten, hätten bei allen Regierungen zu weitreichender Frustration geführt. Damit zeichnen die Autoren für die Energiepolitik eine Entwicklung nach, die aus anderen Politikfeldern bereits bekannt ist: Die Schwierigkeiten mit Russland scheinen insbesondere darin zu liegen, dass Moskau nicht weiß, was es will.

Abgerundet wird der Band durch einen vorausblickenden Beitrag von Andreas Wenger. Trotz der vielfältigen Probleme bleibe Russland ein Schlüsselfaktor bei der fortlaufenden Transformation des globalen Energiesystems. Es werde insbesondere Aufgabe der Europäischen Union sein, die zentralen Parameter der energiepolitischen Beziehung des Westens mit Russland zu bestimmen. Hierbei müsse die EU jedoch unrealistische Forderungen gegenüber Russland ebenso vermeiden wie das Ziel einer kaum durchsetzbaren

einheitlichen Politik. Der Schlüssel zu einer erfolgreichen Energiepartnerschaft mit Russland liege somit nicht in einer weiteren Vergemeinschaftung der europäischen Energiepolitik, sondern in ihrer stärkeren Regionalisierung.

Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt Richard Youngs, der sich mit der europäischen Energieaußenpolitik beschäftigt. Mit *Energy Security: Europe's New Foreign Policy Challenge* hat er eine richtungweisende Monografie zur Entwicklung der europäischen Energieaußenbeziehungen und ihrer Stellung im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) vorgelegt. Das empirisch äußerst gehaltvolle und argumentativ schlüssige Buch weist mittels der detaillierten Analyse nationaler und supranationaler Politiken überzeugend nach, dass es für die These, bei der Energiepolitik handle es sich um ein neues „Großprojekt“ der Europäischen Union, bislang wenig Belege gibt.

Das Buch hebt sich in erfrischender Weise von einer Vielzahl anderen Schriften zu diesem Thema allein schon dadurch ab, dass der Autor nicht bloß auf einzelne, etablierte Erklärungsmuster zurückgreift und diese dann weitgehend unreflektiert vertritt oder verwirft, sondern zunächst die wichtigsten Paradigmen vergleicht. Er analysiert so den Charakter der internationalen Energiebeziehungen (interdependente Wirtschaftsbeziehung oder geostrategisches Nullsummenspiel), die Auswirkung westlicher Energieinteressen auf die politische Entwicklung von Produzentenstaaten (Förderung universeller *governance*-Regeln oder Unterstützung autoritärer Regime) und den außenpolitischen Akteurscharakter der EU (Zivilmacht *sui generis*, *governance*-Struktur oder klassische Regionalmacht) hinsichtlich ihrer jeweiligen Erklärungskraft für die Entwicklung der europäischen Energiesicherheitspolitik. Erst vor dem Hintergrund der dabei konstatierten Lücken untersucht Youngs, in welchem Umfang die Sorge um Energiesicherheit die Außenpolitik der EU verändert. Dabei diskutiert der Autor, inwieweit die EU und ihre Mitgliedstaaten auf regulativ-marktorientierte oder (geo-)politische Ansätze zurückgreifen, ob energiepolitische Entscheidungen mit Interessen der Union in den Bereichen Demokratieförderung, *good governance* und Menschenrechtsschutz kollidieren und welche Auswirkungen die neuen energiepolitischen Herausforderungen auf den inneren Zusammenhalt der Mitgliedsstaaten und die Strategien europäischer Energiekonzerne haben. Die einzelnen Themen werden dabei übergreifend in Kapiteln zum *acquis communautaire* der Energiesicherheitspolitik, zu den energiepolitischen Beziehungen der EU und ihrer Mitgliedstaaten zu Russland, den Staaten des Kaukasus und Zentralasiens, des Nahen Ostens und zu Subsahara-Afrika sowie zur Rolle der europäischen Energiewirtschaft diskutiert.

Youngs kommt zu dem Ergebnis, dass Energiesicherheitspolitik auf absehbare Zeit eine vorrangig nationale Aufgabe bleiben wird. Zwar sei es seit Mitte dieses Jahrzehnts zu einer signifikanten Zahl von europäischen Initiativen in der Energieaußenpolitik gekommen und Kommission und Rat hätten sich wiederholt für eine Stärkung der EU und die Berücksichtigung gemeinsamer außenpolitischer Grundsätze (Konfliktprävention, *good governance*, Menschenrechtsschutz) in Energiefragen ausgesprochen, tatsächlich müsse aber weiterhin von national dominierten, einseitig an wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen ausgerichteten Politiken ausgegangen werden. Das regelmäßige Auseinanderfallen von Positionen der Mitgliedsstaaten in energiepolitischen Fragen betreffe die innere und äußere Dimension von Energiesicherheit gleichermaßen. Lediglich im Bereich des Klimaschutzes könne von vergemeinschafteter Politik gesprochen werden.

Bei der Energiebinnenmarktliberalisierung und der Energieaußenpolitik sei es dagegen bisher nur in sehr begrenztem Maße zur Integration, Koordinierung und Europäisierung nationaler Politik gekommen. Die Widersprüchlichkeit zwischen gemeinschaftlichen Zielen und realen nationalen Politiken habe zur Folge, dass es der EU zunehmend schwerfalle, Einfluss auf die internationalen Energiemärkte auszuüben und Politikziele in angrenzenden Sachbereichen gegenüber Drittstaaten durchzusetzen. Insbesondere der von Teilen der Kommission verfolgte markt- und regelungsorientierte Ansatz, der auf die Konditionalität von Partnerschafts- und Kooperationsabkommen setze, habe somit nicht die gewünschten Ergebnisse produzieren können. Dies sei allerdings nicht nur auf gegenläufige nationale Politiken zurückzuführen, sondern ebenso sehr auf Konflikte innerhalb der Kommission. Das erklärte Ziel einer besseren Einbettung der Energiesicherheitspolitik in den Gesamtrahmen der GASP sei somit nicht erreicht worden. Dass mit einer Änderung dieser Situation auch im Lichte der neuen primärrechtlichen Regelungen des Lissabon-Vertrags nicht zu rechnen sei, zeigt der Autor anhand zahlreicher Belege überzeugend auf.

Youngs Ausführungen liefern zahlreiche Anhaltspunkte dafür, dass es in der Energiesicherheitspolitik zu einem „schleichenden“ Transfer von Kompetenzen im Sinne neofunktionalistischer Integrationstheorien bisher ebenso wenig gekommen ist, wie zu substanziellen Lern- oder Sozialisationsprozessen. Die aufschlussreichen Ergebnisse dieses höchst lesenswerten Buches sind damit auch für die integrationstheoretische Debatte von Relevanz, liefern sie doch neue Argumente in einer weiterhin höchst spannenden Diskussion über die Ursachen, Triebkräfte und Grenzen des Integrationsprozesses.

Cooley, A. & Spruyt, H. (2009). *Contracting states. Sovereign transfers in international relations*. Princeton und Oxford: Princeton University Press, 248 S., ISBN: 978-0691137230, ca. 42,- €.

Werner Distler

*Philipps-Universität Marburg*

Ist territoriale Souveränität absolut oder obsolet? Alexander Cooley und Hendrik Spruyt haben mit ihrer Monographie einen anspruchsvollen theoretischen Beitrag vorgelegt, der zeigt, dass die Bedeutung von Souveränität für das zwischenstaatliche Verhalten in den internationalen Beziehungen nicht mit einem absoluten Verständnis von Souveränität oder der dichotomischen Perspektive von Anarchie und Hierarchie verstanden werden kann.

Sie weisen auf den Umstand hin, dass eine Vielzahl von *governance*-Mischformen, bei ihnen „hybride Souveränitäts-Arrangements“, die internationalen Beziehungen prägen, also freiwillige und teilweise Abtretungen von Souveränität durch Staaten an andere Akteure häufig zu beobachten sind. Die Autoren legen daher eine neue politische Ökonomie von Souveränitätstransfers vor, deren Grundlage die Annahme ist, dass Souveränität nicht einheitlich, sondern vielmehr ein Bündel an Kontroll- und Nutzungsrechten ist. Dieses kann aufgeschnürt werden und Teile der Rechte können zum Nutzen des Staates abgetreten werden.

Zwar geht der liberale Ansatz von der anarchischen Verfasstheit der internationalen Beziehungen aus, die Autoren unterstreichen jedoch, dass Staaten trotz Unsicherheit in Verträgen freiwillig Souveränitätsrechte abgeben, um ihren Interessen zu folgen. Hier setzt die Theorie des *incomplete contracting* an: Staaten schließen unvollständige Verträge ab, in denen Vertragsbedingungen wie Laufzeit und andere Konditionen absichtlich offen gelassen werden, um sie in der Zukunft wieder verhandeln zu müssen. Solche Verträge werden wegen prozeduraler und strategischer Unsicherheiten bevorzugt: Staaten können nicht wissen, wie sich die Zukunft hinsichtlich des Vertragsgegenstandes gestaltet. Daher können sie keine optimalen Verträge aushandeln, zumal sie die Einhaltung eines vollständigen Vertrages ohnehin nicht garantieren können. Aber sie dürfen darauf hoffen, zu einem späteren Zeitpunkt in einer besseren Verhandlungsposition zu sein. Grund für diese unvollständigen Verträge sind also zu hohe politische Transaktionskosten eines vollständigen Vertrags. Beispielweise haben sich Imperien dann mit ihren nach Unabhängigkeit strebenden Territorien auf hybride Souveränitäts-Arrangements eingelassen, wenn sie nicht (mehr) den politischen Willen oder die Kraft hatten, Kontroll- und Nutzungsrechte in einer imperialen Lösung durchzusetzen. Ein vollständiger hierarchischer Vertrag wurde durch unvollständige Verträge ersetzt. So zeigen die Autoren überzeugend, wie die im Niedergang befindlichen Imperien des 20. Jahrhunderts unterschiedliche Formen hybrider Souveränitäts-Arrangements mit ihren ehemaligen Territorien eingegangen sind, um Nutzungsrechte zu wahren.

Unvollständige Verträge bieten Staaten Vorteile, die eigentlich ihrem Vertragspartner an Machtressourcen unterlegen sind. So wird gezeigt, wie hart Portugal und die Philippinen mit den USA über Militärbasen verhandelt haben und sogar mit der Beendigung des Vertrags drohten. Die Länder konnten den USA so wichtige finanzielle und politische Konzessionen abringen. Unvollständige Verträge können sich aber auch institutionalisieren. Gerade bei regionaler Integration können – wie im Rahmen der EU – Institutionen entstehen, die auf einer supranationalen Ebene als Katalysator Integration vorantreiben. Die Staaten, die Teile ihrer Souveränität abgegeben haben, befinden sich in einem ständigen dynamischen Prozess der Neuverhandlung, um die *benefits* der regionalen Integration zu erhöhen.

Die Autoren betonen auch die Schwächen unvollständiger Verträge. Eine föderale Verfassung kann als vollständiger Vertrag eine klare innere Hierarchie bieten, unvollständige Verträge können zu Instabilität führen. Die Autoren warnen vor der Verfassung des Irak, einem unvollständigen Vertrag, der ihrer Meinung nach zukünftig die nationale Einheit gefährden kann, da Akteure später ihre Rechte neu verhandeln werden, was zu Konflikten führen kann.

Der theoretische Ansatz der Autoren ist mutig, weil er sich eines komplexen Gegenstandes annimmt und eine statische Perspektive auf Souveränität und damit verbundenes Staatsverhalten ablehnt. Die theoretisch unendlich vielfältigen Formen, Prozesse und Ergebnisse der unvollständigen Verträge zu verschiedenen Zeitpunkten und die Vielfalt der einzelnen präsentierten Fälle lassen die Studie jedoch stellenweise unübersichtlich wirken. Die Autoren eröffnen aber gerade so, und in klarer Abgrenzung zum Realismus und Konstruktivismus, die Perspektive auf die multiplen Formen von Souveränitätstransfers, die in den internationalen Beziehungen zu beobachten sind. Diese liberale und rationalistische Positionierung begründet somit hoffentlich eine Debatte, die auch realistische

und konstruktivistische Antworten für die Gründe dieser vielfachen Souveränitätstransfers findet.

Justenhoven, H.-G. & Ehrhart, H.-G. (Hrsg.). (2008). *Intervention im Kongo. Eine kritische Analyse der Befriedungspolitik von UN und EU*. Stuttgart: Kohlhammer, 218 S., ISBN: 978-3170207813, 24,-€.

Nadine Ansorg  
*Freie Universität Berlin*

Im Jahr 2006 rückte das Kriegsgeschehen in der Demokratischen Republik Kongo in den Mittelpunkt der deutschen Öffentlichkeit. Anlass der breiten Debatte war die Beteiligung der deutschen Bundeswehr an dem Einsatz der European Force République Démocratique du Congo (EUFOR RD CONGO) zur Unterstützung der bereits dort befindlichen UN-Mission MONUC (Mission de l'Organisation des Nations Unies en République Démocratique du Congo) während der Präsidentschaftswahlen 2006. Eine kritische Analyse des Einsatzes von EU und UN und die damit verbundene Befriedungspolitik sind das Thema des von Heinz-Gerhard Justenhoven und Hans-Georg Ehrhart herausgegebenen Sammelbandes. Die Beiträge des Buches sind weitgehend von der Frage geleitet, ob die Interessen und Ziele von EUFOR und MONUC ethisch verantwortbar sind. Neben der Untersuchung der Ziele und Interessen der relevanten Akteure wird ebenso eine umfassende Konfliktanalyse wie auch eine Analyse der einzelnen Missionen und der dahinter stehenden Strategien und normativen Grundlagen durchgeführt.

Bereits in den ersten Beiträgen wird die komplexe Interessenlage und Konfliktstruktur der Situation im Kongo deutlich: So beschreiben Dominic Johnson, Quentin Laurent und David Fuamba umfassend die schwierige Konstellation zwischen lokalen zivilen und politischen Akteuren, lokalen Warlords und verschiedenen Milizengruppen, der Regierung in Kinshasa, den umliegenden Nachbarstaaten und schließlich auch der internationalen Friedensmissionen von UN und EU. Hinzu kommen die wirtschaftlichen Ressourcen des Landes, der kulturelle Pluralismus unter der kongolesischen Bevölkerung und die Konflikte der Nachbarstaaten, die auf den Kongo ausstrahlen. Dieses komplexe Interessengemisch mündete 1998 in „Afrikas Erstem Weltkrieg“, an dem sieben afrikanische Staaten, unzählige Milizen- und Rebellengruppen sowie diverse politische Parteien beteiligt waren. Mit Blick auf diese regionale Gemengelage entschloss sich der UN-Sicherheitsrat im Jahre 1999 zu der Entsendung einer Friedensmission, die ab 2000 mit einem robusten Mandat ausgestattet wurde. Ihr Auftrag war die Befriedung des Kongos, die Durchsetzung und Absicherung eines Waffenstillstandsabkommens, die Sicherung demokratischer Wahlen und die Demobilisierung der Kämpfer. Flankiert wurde der Einsatz der UN immer wieder durch Maßnahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) wie EUSEC RD CONGO, der Mission zur Unterstützung der Sicherheitssektorreform, oder die Operation EUFOR RD CONGO zur Überwachung der Präsidentschaftswahlen im Jahr 2006. Die Präsidentschaftswahlen verliefen – abgesehen von vereinzelten Ausschreitungen nach Bekanntgabe der Wahlergebnisse – weitgehend friedlich. Erst mit dem

Abzug der EUFOR-Truppen flammten die Kämpfe, die im Osten des Landes bis heute andauern, erneut auf.

Trotz des relativ ruhigen Verlaufs der Wahlen wird der Einsatz von vielen Autoren im Sammelband deshalb kritisch eingeschätzt. Ludwig Jacob beispielsweise legt offen, dass die militärische Einsatzplanung stark von europa- und innenpolitischen Erwägungen bestimmt war. Durch die Auswertung verschiedener Berichte zum Einsatz macht Jacob deutlich, dass es neben der Sicherung des Wahlprozesses ebenso um die Möglichkeit zur Erprobung und Demonstration europäischer autonomer und globaler militärischer Handlungsfähigkeit im Rahmen der ESVP ging. Wolfgang Lienemann hebt hervor, dass der Einsatz völkerrechtlich zwar weitgehend unbestritten und in einem Fall wie dem Kongo sogar geboten war. Er sieht das Problem in der Mittel- und Langfristigkeit des Einsatzes. Eine punktuelle Intervention wie bei EUFOR und eine anschließende Vernachlässigung der Situation stellt in der Einschätzung von Lienemann alles andere als eine kohärente Afrikapolitik dar. Die Langfristigkeit des Stabilisierungsprozesses wird auch von Hans-Georg Ehrhart bezweifelt, der jedoch noch einmal die positiven Aspekte der Mission heraushebt: das grundsätzliche Engagement der EU in Afrika, die relativ gute Zusammenarbeit zwischen EUFOR und MONUC, die Einbindung der EUFOR in den Kontext der gesamten Entwicklungshilfe wie auch die begrenzte, aber wirksame Leistungsfähigkeit der ESVP.

Ein wichtiger Beitrag kommt von Dennis Tull, der sich kritisch mit dem Aufbau staatlicher Strukturen in fragilen Staaten durch westliche Akteure auseinandersetzt: Er stellt einen eklatanten Widerspruch zwischen Anspruch und Wirklichkeit sowie ein fehlerhaftes Herangehen an den Wiederaufbau fest, wovor sich auch die EU nicht verschließen kann. Dabei deckt sich die Erwartungshaltung der internationalen Gemeinschaft weder mit jener der Eliten vor Ort noch mit der finanziellen Ausstattung von internationalen Friedensmissionen. In Bezug auf die Arbeitsteilung zwischen UN und EU sieht Michael Brzoska durchaus einen Vorteil für Effektivität und Handlungsfähigkeit, warnt jedoch gleichzeitig vor einer Unterhöhlung der Autorität der UN und vor einem regionalen Ungleichgewicht, das mit der Zusammenarbeit mit regionalen Organisationen einhergeht.

In dem Sammelband sind verschiedene Artikel vereint, die sich umfassend mit dem Kriegsgeschehen im Kongo und dem Engagement der internationalen Gemeinschaft befassen. Neben den Ursachen des Konflikts und den einzelnen Akteuren und ihren Interessen werden ebenso eine politische und rechtsethische Beurteilung der militärischen Operationen, eine Bewertung der Bedeutung für den deutschen Staat sowie eine Einordnung in die Befriedungsstrategien von EU und UN vorgenommen. Durch diese umfassende Bearbeitung gelingt es, die komplexe Situation des Kongo angemessen darzustellen. Auch die Beteiligung von afrikanischen Autoren und die Vermeidung eines starren europäischen Blicks auf das Thema sind positiv hervorzuheben.

Mit Blick auf die Versäumnisse und positiven Aspekte der Militäreinsätze im Kongo wäre allenfalls eine normative Bewertung von militärischen Interventionen im Allgemeinen wünschenswert gewesen. Besonders die Fragen nach der Legitimität und ethischen Beurteilung, nach geeigneten, realistischen und umsetzbaren Strategien, nach dem Umgang mit fragilen Staaten und nach der Nachhaltigkeit militärischer Interventionen hätten auf einer normativen Ebene abschließend behandelt werden können. Zudem sei darauf verwiesen, dass wie so oft in Sammelbänden auch hier die einzelnen Beiträge von

unterschiedlicher Qualität sind. Grundsätzlich ist dieses Buch jedoch allen zu empfehlen, die einen umfassenden Einstieg in die Thematik suchen, und auch jenen, die bereits mit der Materie vertraut sind.

Kopstein, J. & Steinmo, S. (Hrsg.). (2008). *Growing Apart? America and Europe in the Twenty-First Century*. Cambridge: Cambridge University Press, 254 S., ISBN: 978-0521879316, ca. 48,-€.

Thomas Jäger  
*Universität zu Köln*

Die Ereignisse der letzten zwei Jahre zeichnen auf den ersten Blick ein völlig neues Bild. Die Finanzkrise führte zu einer Diskreditierung des Kapitalismus über einschlägige linke Zirkel hinaus und die Art und Weise, wie die Regierungen Wall Street auf Kosten von Main Street unterstützen, hat vor Augen geführt, wer in den Gesellschaften als systemrelevant gilt. Der neue amerikanische Präsident hat das große sozialpolitische Reformvorhaben, die Krankenversicherungsreform, bis heute zumindest weiter gebracht als alle seine Vorgänger und er ist ein Jahr lang durch die Welt gereist, um die Konfrontationen abzubauen, die sein Vorgänger errichtet hat. Amerika scheint linker geworden zu sein, die Dauerherrschaft der Demokraten wird thematisiert, und damit sind, so könnte man meinen, die großen Gräben zugeschüttet, die zu Beginn des 21. Jahrhunderts zwischen den beiden Seiten der transatlantischen Sicherheitsgemeinschaft aufgerissen wurden. Mars und Venus doch wieder zusammen?

Genau zur Hochphase dieser transatlantischen Divergenzen, mit zwei Konferenzen im Jahr 2005, hat sich eine Reihe ausgewiesener Experten mit der Frage beschäftigt, welche politischen und sozialen Kräfte die USA und Europa denn auseinandertreiben und ob das auf Dauer wirklich so bleiben wird. So wenig in der ersten Hälfte des Jahrzehnts das transatlantische Verhältnis nur aus unilateralem Herrschaftsanspruch und anti-amerikanischer Reaktion bestand, so wenig hat sich seit der Präsidentschaft Obamas in der Substanz viel geändert. War das Verhältnis zuvor besser als es schien, scheint es heute besser als es ist. Deshalb sind die hier zusammengetragenen Analysen von bleibendem Wert und verlangen, zum besseren Verständnis der Bedingungen, unter denen das transatlantische Verhältnis gemanagt werden kann, fortgeführt zu werden.

Jeffrey Kopstein und Sven Steinmo legen den Rahmen dar, der die acht Analysen verbindet. Sie gehen davon aus, dass auch nach dem Ende des Ost-West-Konflikts die westliche Sicherheitsgemeinschaft (Karl Deutsch) weiter besteht. Ihren Kern bilden die liberale Demokratie, die Menschenrechte und der kapitalistische Wohlfahrtsstaat. Aber diese transatlantische Gemeinschaft wird von außen durch autoritäre Regime, den Islam und soziale globalisierungskritische Bewegungen herausgefordert. Diesen Kräften trauen die Autoren derzeit allerdings (anders als Nolte und Podhoretz für den Islam, Kagan für die autoritären Staaten) keine derartig große politische und ökonomische Machtprojektion zu, um die transatlantische Sicherheitsgemeinschaft ebenso herauszufordern, wie zu konsolidieren. Wenn die Stabilisierung von außen unterbleibt, stellt sich die Frage nach der inneren Kohärenz, erstens, weil sie das Fundament für eine gemeinsame Wertentwick-

lung ist (eine Sicherheitsgemeinschaft ist schließlich mehr als eine Allianz) und zweitens, weil gegenläufige politische Entwicklungen im Innern von außen instrumentalisiert und für eigene Zwecke genutzt werden können.

Unter Rückgriff auf Karl Polanyi (den man spätestens seit der Finanzkrise wieder lesen muss) entwickeln die Herausgeber so einen Rahmen, in den die unterschiedlichen empirischen Einsichten eingepasst werden können, ohne dass ihre teilweise widersprüchlichen Befunde glattgebügelt werden müssen. Sie beschreiben weniger den Entwicklungspfad der transatlantischen Beziehungen, als vielmehr unterschiedliche Ecken und Winkel des Raumes, in dem sich die Möglichkeiten einer kompatiblen oder auseinanderstrebenden Entwicklung manifestieren. Dabei ist zudem nicht sicher, welche Politikfelder oder sozialen Kräfte in einer bestimmten Zeit dominant werden und Prägekraft entwickeln können. Insofern ist die Vielstimmigkeit der empirischen Analysen auch eine deutliche Warnung vor allzu glatten Schlüssen. Ambivalenz wird weit eher in der Lage sein, die Beziehungen zu beschreiben.

Dazu trägt nicht zuletzt bei, dass die sozio-ökonomischen, politischen und kulturellen Unterschiede innerhalb der USA und der EU ebenso groß, wenn nicht größer sind, als zwischen ihnen. Intuitiv haben die Herausgeber für die empirische Analyse die folgenden Themen ausgewählt. Die Bedeutung der Religion für die amerikanische und die europäischen Gesellschaften (Steven Pfaff); der Wertewandel als zusammen- oder auseinanderführende Entwicklung (Christopher Cochrane, Neil Nevitte, Stephen White); die alten und neuen Medien und ihr jeweiliger Einfluss auf die öffentliche Meinung (Donald Morrison); die Bedeutung dominanter ökonomischer Ideen – hier: des Neoliberalismus – für die Machtentfaltung der USA und die Beziehungen zu Europa (Mark Blyth); die Verbreitung (amerikanischer) konservativer Ideen durch Think-Tanks (Steven Teles, Daniel A. Kenney); Immigration als gesellschaftliche Herausforderung (Randall Hansen); und schließlich in getrennten Beiträgen von Daniel W. Drezner und Laurent Cohen-Tanugi die außenpolitischen Beziehungen.

Die transatlantischen Beziehungen können unter den gegebenen Bedingungen des internationalen Systems (keine Herausforderung von außen) nur verstanden werden, wenn die inneren Verhältnisse der Staaten analysiert werden. Ist es etwa weiterhin so, dass die amerikanische Gesellschaft politisch rechts von der Mitte steht? Oder hat sich das im langen Wahlkampf 2007 und 2008 geändert? Und von welcher politischen Seite wird die Demokratie in Europa populistisch herausgefordert werden? Aber vielleicht sind diese Fragen auch zu kurz gegriffen, weil *bottom-up* gestellt, und es gibt inzwischen einen neuen transatlantischen postdemokratischen Konsens.

Sharp, P. (2009). *Diplomatic Theory of International Relations. Cambridge Studies in International Relations*. Cambridge: Cambridge University Press, 358 S., ISBN: 978-0521757553, ca. 20,-€.

Klemens H. Fischer  
*Ständige Vertretung Österreichs bei der EU*

Paul Sharp stellt mit seinem Buch eine Facette der internationalen Beziehungen in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen, die – wie der Autor nicht zu Unrecht feststellt – ein

Rätsel ist. Diplomaten legen bei ihrer Arbeit größten Wert auf Diskretion – ist es doch letztlich die so genannte stille Diplomatie, die meist zum Erfolg führt. Ebenso ironisch wie zynisch stellt Sharp fest, dass die Allgemeinheit das Gefühl hat, die diplomatische Praxis liege außerhalb der üblichen Normen zwischenmenschlichen Umgangs; womit er sicherlich auch recht hat.

Die Studie beginnt mit einer Vorstellung von Diplomatie und Diplomaten in Theorie und Praxis nach dem von Martin Wight erstellten dreiteiligen Schema, wobei Sharp zum – vorläufigen – Schluss kommt, dass die Wight'sche Einteilung in die (1) Machiavell'sche oder traditionelle Tradition, (2) die Grotian'sche oder rationalistische Tradition, und (3) die Kant'sche oder revolutionäre Tradition zwar alle Aspekte und Erscheinungsformen abdeckt, Diplomatie sich jedoch einerseits nicht in ein derart enges Schema pressen lässt, andererseits bei einem Soll-Ist-Vergleich die Schwächen der Diplomatie dennoch klar herauskommen.

Im zweiten Teil behandelt der Autor – unter Heranziehung der Theorie von Wight und derjenigen von Richard Little – die Frage, wie die Betrachtungsweise aus Sicht der eigentlich Handelnden, der Diplomaten, ist, wie also das so genannte diplomatische Verständnis charakterisiert ist, und dementsprechend diplomatisches Denken erzeugt. Sharp kommt dabei zum Schluss, dass dieses diplomatische Denken dazu führt, dass der Aufrechterhaltung von Beziehungen der Vorrang gegenüber dem eigentlichen Zweck der Beziehungen gegeben wird.

Im dritten Teil setzt Sharp Theorie und angewandte Praxis einem wissenschaftlichen Stresstest aus. Im Zentrum steht die Frage, wie sich Beziehungen zwischen Diplomatie und Diplomaten einerseits und internationalen Beziehungen und internationalen Gesellschaften andererseits darstellen und welche Arten von Beziehungen möglich sind. Sharps Schlussfolgerung wird Diplomaten möglicherweise nicht sehr gefallen, rüttelt sie doch an ihrem Selbstverständnis. Sharp argumentiert, dass internationale Beziehungen Diplomatie und Diplomaten weder benötigen noch als Voraussetzung haben. Sharp weist der Diplomatie und Diplomaten jedoch ihren Platz zu, indem er argumentiert, dass die Entwicklung internationaler Beziehungen historisch nachweisbar dazu tendiert, Diplomatie notwendig zu machen und sie dementsprechend selbst verursacht.

Im anschließenden vierten Teil seiner Untersuchung setzt sich Sharp mit der Frage auseinander, welchen Beitrag Diplomatie im Verlauf internationaler Beziehungen erbringen kann, wobei er antagonistische Situationen als Basis der Untersuchung heranzieht, wie beispielsweise die Integration oder Auflösung von Strukturen oder aber die Verkleinerung oder Ausdehnung von Grenzen. Der Autor zeigt dabei – teilweise schonungslos – die Bruchlinien von Gesellschaften auf, die derartige Transformationsprozesse durchlaufen. Nicht zuletzt in krisenhaften Situationen bevorzugt diplomatisches Denken ruhiges Vorgehen, um hinter den Kulissen Möglichkeiten zur Lösung ausloten zu können.

Von besonderem Interesse ist das abschließende Kapitel, in dem Sharp vier Politikbereiche behandelt, die von den Regierungen und Öffentlichkeiten derzeit als prioritär angesehen werden: sogenannte Schurkenstaaten (*rogue states*), gierige Unternehmen (*greedy companies*), wahnsinnige Religionen (*crazy religions*) und stumme Öffentlichkeiten (*dumb publics*). Sharps Einteilung hätten Diplomaten – um Stereotype zu bemühen – sicherlich anders betitelt. Sharp setzt diese problematischen Politikfelder in Relation zu

Diplomatie und Diplomaten und zeigt auf, welche Beiträge beide zu leisten imstande sind und wo ihre Grenzen liegen.

Die Gesamtschlussfolgerung, dass Berufsdiplomaten über kein Monopol mehr darüber verfügen sollten, wie internationale Beziehungen gehandhabt werden, entspricht sicherlich dem gegenwärtigen Trend und nicht zuletzt den Ergebnissen von Sharps eigener Argumentationskette. Er verlangt daher konsequenterweise, dass eine breit angelegte diplomatische Ausbildung Platz greifen sollte, um mehr Menschen auf allen Gesellschaftsebenen direkt in den Prozess internationaler Beziehungen zu integrieren.

Die stringente Argumentation ist in weiten Teilen zu unterstützen und entspricht jedenfalls allen wissenschaftstheoretischen Ansprüchen. Sollte der Berufsstand, der in Sharps Buch auf dem Prüfstand steht, nicht völlig mit den Ergebnissen einverstanden sein, so ergibt sich aus der Praxis nur eine Option: Die Monopolstellung oder Quasi-Monopolstellung kann nur dann erhalten bleiben, wenn Berufsdiplomaten diese Stellung durch Ergebnisse rechtfertigen. Sharp zeigt auf, welche Herausforderungen auf die internationalen Beziehungen einerseits, aber auch auf Diplomatie und Diplomaten andererseits zukommen.